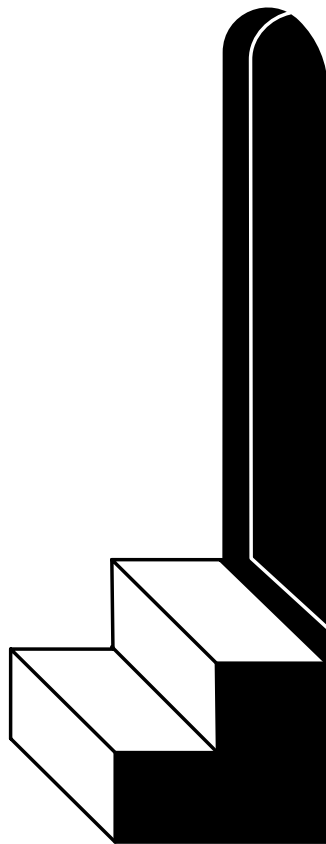


Diktatoren als Türsteher Europas



Von SIMONE SCHLINDWEIN

Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita wird vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Celle Saint Cloud nahe Paris begrüßt. Hier trafen sich Ende 2017 die Staatsschefs von Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Mauretanien, Deutschland, Frankreich, Saudi-Arabien und Italien, um über Terrorismusbekämpfung zu sprechen.



Foto: Philippe Wojazer/Reuters

La Celle Saint Cloud

2017

Es war der 29. Dezember 2016, als die Europäische Union (EU) bekam, was sie wollte – so dachte man in Brüssel zumindest. An jenem Donnerstag näherten sich zwei Flugzeuge der malischen Hauptstadt Bamako. Beide hatten je einen Mann an Bord, den Frankreich nach Mali-

abschieben wollte. Beide abgelehnten Asylbewerber hatten keinen Pass. Es war ein Testlauf für die sogenannten EU-Laissez-Passers, Reisedokumente, die von EU-Behörden für abgelehnte Asylbewerber ausgestellt werden, deren Herkunftsländer nicht eindeutig festzustellen sind. Die EU wollte wissen, ob Mali das tut, was Brüssel den Staaten Afrikas in einem bis dahin einjährigen Verhandlungsmarathon abzutrotzen versuchte: Die bedingungslose Rücknahme von afrikanischen Flüchtlingen und Migranten.

Malis Präsident Ibrahim Keita hatte sich zuvor gegenüber einer EU-Delegation verpflichtet, bald ein sogenanntes Rückführungsabkommen abzuschließen. Die Vereinbarung sollte „konkrete und messbare Ergebnisse bei der zügigen operativen

Rückführung irregulärer Migranten“ erzielen, wie es in einem EU-Strategiepapier dazu heißt. Dafür bezahlten die EU und ihre Mitgliedstaaten im Zeitraum 2014 bis 2017 bislang 1,7 Milliarden Euro für Projekte und Militärmissionen in Mali, so das Strategiepapier. Doch dann kam es in Bamako zu Protesten; der Präsident musste umschwenken, wenn er seine Macht behalten wollte.

Denn in Mali gilt Migration als Erfolgsmodell. Rund vier Millionen Malier arbeiten im Ausland: die meisten in Nachbarländern, nur 300.000 davon in Europa. Sie schicken mehr Geld zurück als Entwicklungshilfe nach Mali fließt, umgerechnet rund 53 Euro pro Einwohner pro Jahr. Das sind knapp zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Aus der Sicht der Malier sind Abschiebungen also ein schlechtes Geschäft.

So kam es zum Eklat: Am Abend des 29. Dezember 2016 ließen die malischen Grenzpolizisten am Flughafen die beiden Abgeschobenen nicht einreisen. Stundenlang protestierten die französischen Begleitpolizisten. Doch die malischen Beamten blieben hart. Am nächsten Morgen waren die beiden Malier wieder in Paris. Die französische Ex-Kolonie hatte nicht nur Paris, sondern der ganzen EU die Stirn geboten.

Ob nun Mali, Äthiopien, Eritrea, Sudan, Somalia, Niger, Tschad, Gambia, Senegal, Ghana, Elfenbeinküste, Tunesien, Algerien, Marokko oder Nigeria – für all diese Regierungen hat die EU seit dem Frühjahr 2016 „maßgeschneiderte Länderpakete“ in der Schublade, um solche Rückführungsabkommen einzufädeln. Ziel der EU ist es, die Zahl der Abschie-

bungen abgelehnter Asylbewerber zu erhöhen. Erleichterungen im Bereich Arbeitsmigration für Afrikaner könne man umgekehrt jedoch nicht anbieten, heißt es in diesen Dokumenten.

Diese Politik ist nicht neu im Inhalt, aber neu im Umfang. Und stärker als je zuvor werden EU-Hilfsgelder an Bedingungen geknüpft. Das zeigte sich nicht zuletzt im November 2015: Die EU hatte 33 Staatschefs aus afrikanischen Ländern zwischen dem Mittelmeer und dem Äquator nach Valletta geladen, darunter Vertreter lang isolierter Diktaturen wie Eritrea und Sudan. Maltas Hauptstadt ist ein symbolischer Ort, liegt die Insel doch inmitten des Mittelmeers, wo tausende Afrikaner bei ihrer Überfahrt von Nordafrika ihr Leben riskieren oder verlieren. Die afrikanischen Staatschefs gelobten damals „gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen die irreguläre Migration“. So steht es in dem 17-seitigen Kommuniqué mit dem schlichten Namen „Action Plan“. Als Gegenleistung wurde der drei Milliarden Euro-schwere „Nothilfefonds für Afrika“ aufgelegt.

Der Fonds war nur ein Schritt in einer breit angelegten EU-Poli-

tik gegenüber Afrika: Agenda für Migration, Afrika-EU-Partnerschaft, Aktionsplan für Migration, Compacts mit Afrika, Valletta-, Khartum- und Rabat-Prozess, ein einziges Labyrinth bedruckter Seiten. All diese Konzepte haben im Wesentlichen ein gemeinsames Ziel: die Migration vom südlichen Nachbarkontinent nach Europa zu stoppen.

Dass da, wo Entwicklungszusammenarbeit draufsteht, immer öfter Migrationskontrolle drinsteckt, ist ein Prozess, der schon vor längerer Zeit begann. Insgesamt hat die EU in den vergangenen 15 Jahren mindestens 14 Milliarden Euro bewilligt, damit Flüchtlinge und irreguläre Migranten da bleiben, wo sie sind.

Den in dieser Rechnung enthaltenen Etats ist gemein, dass Schlagwörter wie „Grenzertüchtigung“, „besseres Migrations- oder Grenzmanagement“ oder „Fluchtursachenbekämpfung“ in den jeweiligen Projektbeschreibungen explizit genannt sind.

Geld nur für Gegenleistungen – „dieser Gedanke war bei den Europäern von Beginn der Verhandlungen im Valletta-Prozess an da“, sagt der Verhandlungsführer der EU, Pierre Vimont. Viele der EU-Innenminister



Issoufou Mahamadou, der Präsident des Niger, bei seiner Ankunft in der maltesischen Hauptstadt Valetta. Dort trafen sich die EU-Staaten mit einer Reihe afrikanischer Regierungen, um über Migrationskontrolle zu sprechen.



Der Präsident von Benin, Thomas Boni Yayi, nahm ebenfalls an dem sogenannten Valetta-Gipfel teil. Als Ergebnis wurde dort ein 3 Milliarden Euro schwerer Fonds für Afrika aufgelegt, um „Fluchtursachen zu bekämpfen“.

machten Vimont klar: Nur, wenn mehr Migranten nach Afrika zurückkehren, von ihren Ländern wieder zurückgenommen werden, sollen für diese auch die Entwicklungsgelder steigen. In der Abschlusserklärung des Valletta-Gipfels von 2015 ist von diesem Mechanismus noch keine Rede. Doch in ihrem neuen Partnerschaftsrahmen von 2016 wird dies von der EU explizit zur Bedingung für Hilfe gemacht: „In die Entwicklungs- und Handelspolitik der EU wird ein Mix aus positiven und negativen Anreizen eingebunden, um die Anstrengungen der Länder zu honorieren, die bereit sind, bei der Migrationssteuerung wirksam mit der EU zusammenzuarbeiten, und um Konsequenzen für jene sicherzustellen, die dies verweigern.“ Der damalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz bekräftigte das: Man wolle „Drittländer (...) belohnen, die willens sind, ergebnisorientiert mit uns zusammen(zu)arbeiten. Denjenigen, die hierzu nicht bereit sind, soll gezeigt werden, dass dieser Unwille Konsequenzen hat.“

Europäische Hilfe wird also zum Druckmittel gegenüber einer Reihe der ärmsten Staaten der Welt. Unverblümt und umfassender als früher wird sie an Bedingungen geknüpft, umgewidmet, konzentriert: dahin, wo Europas politische Prioritäten liegen. Wer nicht hilft, unerwünschte Migranten fernzuhalten, soll nicht nur Hilfszahlungen, sondern auch Marktzugänge verlieren. „Erzeugung und Nutzung der erforderlichen Hebelwirkung unter Einsatz aller einschlägigen – auch entwicklungs- und handelspolitischen – Maßnahmen, Instrumente und Hilfsmittel der

Beinahe täglich starteten die Migrantenkonvois in der nigrischen Stadt Agadez Richtung Mittelmeer. Die EU hat Niger im vergangenen Jahr über 600 Millionen Euro zugesagt, wenn es Migranten aufhält und die Schlepper verhaftet. Deutschland stattete die nigrische Armee mit Fahrzeugen und Radargeräten aus.



Fotos: Nicole Sobocki/laif





Europäischen Union“, heißt das im Beschluss des EU-Rats von Juni und Oktober 2016.

Eine Extraportion Entwicklungshilfe gibt die EU hingegen an diejenigen Regierungen, die sich in Sachen Migrationskontrolle einspannen lassen. So kam es, dass ausgerechnet der bettelarme Wüstenstaat Niger, um den sich die EU bislang kaum bemüht hatte, zu Europas Hauptpartner im Kampf gegen die irreguläre Migration in Afrika wurde.

Die nigrische Stadt Agadez war bislang Drehkreuz für Migranten aus Westafrika in Richtung Mittelmeer. Durch diese historische Handelsstadt im Herzen des Niger geht seit Jahrtausenden alles hindurch, was von Westafrika durch die Sahara will: Waren, Händler, Kamele und Migranten. Agadez ist die letzte große Oase vor der Sahara. Schon immer zogen hier die Karawanen durch. Weil Flüge teuer sind, reisen Afrikaner lieber mit dem Bus. Überall auf dem Kontinent sprießen überregionale Buslinien aus dem Boden, vor allem in der gemeinsamen Wirtschaftsunion ECOWAS, wo es – wie im europäischen Schengen-Raum – Freizügigkeit gibt.

Die EU hingegen will mehr Kontrolle in der Region. Ein Beamter der EU-Grenzschutzagentur Frontex wurde in den Niger entsandt. Mit Hilfe von hochauflösenden Satellitenaufnahmen verfolgt Frontex auf Bildschirmen im Hauptquartier in Warschau Reifenspuren im Wüstensand: Von Agadez aus müssen Lastwagen, Busse oder Pick-Ups vollbeladen

mit Waren und Migranten tausende Kilometer durch die Wüste fahren, um die libysche Grenze zu erreichen. Unterwegs machen sie an den Wasserstellen Halt, um Trinkflaschen aufzufüllen.

Die EU hat Niger im vergangenen Jahr über 600 Millionen Euro zugesagt, wenn es Migranten aufhält und die Schlepper verhaftet. Deutschland stattete die nigrische Armee mit Fahrzeugen und Radargeräten aus. Mit Hilfe von französischen Soldaten stationierte Nigers Armee gezielt Einheiten an den Wasserstellen entlang der Wüstenroute von Agadez nach Libyen. Die Franzosen bringen ihren nigrischen Kameraden Verhaftungstechniken bei. Schon 2015 hatte die Regierung ein Gesetz beschlossen, durch das der „Handel mit Menschen“ mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 30 Jahren sowie einer Geldbuße von bis zu 45.000 Euro bestraft werden kann.

Seitdem macht Nigers Armee Jagd auf Fahrzeuge, die Migranten durch die Wüste transportieren. Sie hat Soldaten an den Wasserstellen postiert. Dies führt dazu, dass immer mehr Fahrer weite Umwege machen, um Verhaftungen zu umgehen. Die Folge: Immer mehr Migranten und Flüchtlinge verdursten auf dem langen beschwerlichen Weg durch die Sahara. Anfang Juni 2017 berichtete das Rote Kreuz in Niger, dass ein Lastwagen mitten in der Sahara liegen geblieben war. Nur sechs Menschen konnten sich zu Fuß bis zur nächsten Wasserquelle durchschlagen. Zwei der Überlebenden führten die Retter danach zum Unglücksort,

an dem 44 Leichen gefunden wurden, darunter 17 Frauen und sechs Kinder. Am selben Tag rettete die nigrische Armee etwas weiter östlich 40 Menschen, die von den Schleppern in der Sahara zurückgelassen wurden. Erst wenige Wochen zuvor waren in der nigrischen Wüste acht Migranten auf dem Weg nach Algerien verdurstet, darunter fünf Kinder.

Gratuliert hat die Europäische Kommission Niger am 15. Dezember 2016 dafür, dass weniger Migranten nach Europa kommen. Schmuggler waren verhaftet und vor Gericht gestellt, 95 Fahrzeuge zum Migranten-transport beschlagnahmt und neun Polizisten inhaftiert worden, weil sie unter Korruptionsverdacht standen. Niger leistet der EU als Türsteher einen gewaltigen Dienst. Albert Chai-bou, Journalist aus Niger und Gründer einer Migranten-Notruf-Hotline, hingegen klagt: „Unser Land ist im Dienst Europas zum Friedhof verkommen.“

Mit über 20 Staaten zwischen dem Mittelmeer und dem Äquator will die EU solche Migrationsabkommen einfädeln, sogar mit Regimen wie dem von Sudan und Eritrea, denen die EU lange Zeit jede Zusammenarbeit verweigerte. Gegen Sudans Präsident Omar al-Bashir liegt ein internationaler Haftbefehl vor. Eritreas Diktator wird von den Vereinten Nationen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezichtigt.

Jetzt macht ihnen die Europäische Union ein Angebot, das sie nicht ausschlagen können: Die Wiederaufnahme der einst geächteten Regime in die Weltgemeinschaft. Als zusätzliches Lockmittel werden beiden Ländern außerdem

Hilfsgelder in Aussicht gestellt. Überall setzt die EU bei ihren Verhandlungen Hebel an: Manche Staaten, wie der Niger, sind so arm, dass sie beim Geldsegen aus Brüssel nicht Nein sagen können. Manche sind, wie der Inselstaat Kap Verde, der viele EU-Abkommen als erstes unterzeichnete, so klein, dass sie dem Giganten EU nichts abschlagen können. Andere wie Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas, sind so groß, dass die EU ihnen viel bieten muss: rund 600 Millionen Euro erhält Nigeria. Die EU kauft sich Afrikas Regierungen als Türsteher ein.

„Investieren in die Jugend für eine nachhaltige Zukunft“, lautete das Motto des fünften EU-Afrika-Gipfels, der Ende November 2017 an der Elfenbeinküste stattfand. Es sollte um die Jugend in Afrika gehen und deren Chancen, sich zu Hause eine Zukunft aufzubauen. Doch wie es der afrikanischen Jugend wirklich geht, das zeigte sich in allen Schlagzeilen und internationalen TV-Kanälen einige Tage zuvor: Auf einem Sklavenmarkt im Bürgerkriegsland Libyen verscherbeln Milizen junge afrikanische Männer und Frauen wie Waren zu Dumpingpreisen. Fotos beweisen grausame Menschenrechtsverbrechen. Der Aufschrei auf dem afrikanischen Kontinent war groß, die Reaktion in Europa verhalten, fast ignorant. Kanzlerin Merkel kommentierte glattweg: Die Bilder der Sklavenauktion in Libyen habe eine „hohe emotionale Bedeutung für die Afrikaner“. Daraus ergebe sich ein gemeinsames Interesse: nämlich die illegale Migration zu stoppen. Das klingt zynisch. Die Gegenreaktion kam dann prompt:

Die Regierungschefs von Ruanda und Nigeria kündeten glattweg an, sie wollen Flugzeuge nach Libyen schicken, um die Afrikaner zu befreien – eine Geste der Solidarität, ein gekonnter Propaganda-Schachzug gegen die EU, die in den Augen der Afrikaner die Schuld an diesen Entwicklungen trägt.

Tiefer kann die Spaltung zwischen der EU und ihrem direkten Nachbarkontinent kaum sein. Und wenn Beobachter nun sagen, der Gipfel habe keine konkreten Ergebnisse erzielt, dann stimmt das nur so halb. Das zentrale Ergebnis dieser Verhandlungsrunde ist: Die Interessen der Afrikaner und diejenigen der Europäer sind grundlegend verschieden. Solange sich diese nicht überlappen, wird es keine Partnerschaft auf Augenhöhe geben. Solange wird die EU weiterhin bemüht sein, unter Einsatz all ihrer geballten wirtschaftlichen, finanziellen und gar militärischen Macht ihre Interessen auf dem afrikanischen Kontinent durchzusetzen. ●